Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefax 258 16 77
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 19 39
Abonnementspreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Schweiz
Fr. 1.50
bFk. 60.— Lit. 2200.— sKr. 12.—
dKr. 12.— IPr. 45.— Pa. 200.—
DM 2.50 hfl. 3.25 Kan. Inseln
Pfr. 10.— nKr. 13.— Pa. 225.—
Dr. 260.— £ 20.— £ 6000.—
£ 0.90 Esc. 240.— Fr. 90.—

Überfall auf israelische Touristen in Kaschmir

Zwei Tote nach Feuergefecht

Delhi, 27. Juni. (ap) Terroristen haben in der Nähe von Srinagar in Kaschmir israelische Touristen überfallen. Die indische Polizei teilte am Donnerstag mit, ein Israeli und einer der Angreifer seien getötet worden. Einer der Touristen wurde am Donnerstag noch vermisst. Zwei Israeli erlitten schwere Verletzungen. Nach Angaben der Polizei versuchten die Terroristen, bei denen es sich um Muslime gehandelt habe, die Israeli, die zu acht auf einem Hausboot im Dal-See bei Srinagar gewohnt hätten, am Mittwochabend zu entführen. Die Überfallenen setzten sich zur Wehr und entriessen den Angreifern drei AK-47-Sturmgewehre sowie eine Handgranate. Daraufhin seien die Schüsse gefallen. Das israelische Konsulat in Bombay teilte mit, zurzeit befänden sich mindestens 50 Israeli auf Urlaub in Kaschmir, die meisten von ihnen auf Hausbooten.

Srinagar, 27. Juni. (Reuter) Eine bisher kaum bekannte Gruppe militanten Muslime hat sich zu der Entführung bekannt. Die Gruppe «Wächter der Islamischen Revolution» erklärte, die Israeli seien Mitglieder einer Kommandoinheit gewesen.

Sechs Tote bei einem Überfall in Soweto

Schüsse auf einen Vorortzug

Johannesburg, 25. Juni. (ap) Bei einem Überfall auf einen Nahverkehrszug in Soweto sind am Dienstag sechs Menschen erschossen worden. Laut Angaben der Polizei wurden 18 Menschen verletzt, drei von ihnen schwer. Ein Polizeisprecher teilte mit, über die Zahl und das Motiv der Täter herrsche zunächst noch Unklarheit. Die Schüsse seien während der Fahrt des überfüllten Zuges durch Soweto abgegeben worden. Fünf der Toten wurden entdeckt, nachdem der Zug in einen Bahnhof der Township bei Johannesburg eingefahren war. Ein sechstes Opfer wollte sich offensichtlich durch einen Sprung aus dem fahrenden Zug vor den Mördern retten und wurde später auf den Gleisen gefunden.

Tagesinformation

Wachsender Verdacht gegen den Irak
Die Uno-Sicherheitsrat hat amerikanisches Aufklärungsmaterial gesichtet, wonach der Irak Anlagen zur Lagerung und Produktion von nuklearen und chemischen Waffen zu verstecken sucht. Es wird angenommen, dass Bagdad über 40 kg angereichertes Uran verfügt. Seite 3

Ostschweizer Reaktionen auf die Naot-Ergänzung
St. Gallen und Thurgauern Stellungnahmen zur bundesrätlichen Zusatzbotschaft zur neuen Eisenbahn-Alpentransversale (Naot) deuten auf verhalten bis weichebändige Befriedigung hin. In Graubünden hingegen zeigt man sich enttäuscht. Seite 21

Kein Verkauf des Bührle-Militärbereichs
Die Versuche, eine Mehrheit des Bührle-Militärbereichs als Ganzes zu verkaufen, sind gescheitert. Die Angebote seien zu tief gewesen, erklärte der Verwaltungsratsdelegierte. Die einzelnen Firmen und Projekte sollen nun über Kooperationen und Beteiligungen weitergeführt werden. Seite 35

Grundsätzliches Ja des Kantons zur Sperrung der Zürcher Innenstadt
Die Zürcher Kantonsregierung hat der Absicht des Stadtrates, die Zürcher Innenstadt im Sommer für den Motorfahrzeugverkehr zu sperren, grundsätzlich zugestimmt. Die definitive Bewilligung ist indes abhängig von sorgfältigen Abklärungen über die Auswirkungen und von einem Verkehrskonzept. Seite 53

Rosset in Wimbledon geschiedert
Bereits in der ersten Runde ist der Schweizer Tennis-Professional Marc Rosset in Wimbledon ausgeschieden. Er unterlag dem Welttranglisten-Ersten Stefan Edberg in drei Sätzen in einem Match, der wegen Regenfällen über drei Tage hinweg ausgetragen werden musste. Seite 61

Inhaltsübersicht	Umfang	108 Seiten
Ausland	1-5	Sport 59-61
Wetter und Vermischtes	7, 9	Beilagen:
Inland	21-25	Film 65/66
Fauleton	27	Radio
Roman	28	und Fernsehen 77/78
Radio und TV	31/32	Briefe an die NZZ 87
Wirtschaft	33-40	Schach, Philatellie 89
Börsen	43-51	Wochenkalender 99/100
Stadt und Kanton Zürich	53-57	Gottesdienste 101

Anzeigen-Überblick Seite 2

Panzerwagen der Bundesarmee haben bei Ljubljana eine Sperre von Zivilfahrzeugen durchschlagen. (Bild ap)

Zuspitzung der Lage in Slowenien

Übernahme der Grenzübergänge durch die Armee

In der Nacht auf den Donnerstag haben in Slowenien stationierte Einheiten der jugoslawischen Armee den Befehl erhalten, in Ausführung des Beschlusses der Bundesregierung vom Vortag alle Grenzübergänge auf dem Territorium Sloweniens zu besetzen. Die von Angehörigen der slowenischen Territorialverteidigung und von Zivilisten errichteten Strassensperren wurden von den Panzern an vielen Orten rücksichtslos überrollt. Die Führung in Ljubljana hat ihre Entschlossenheit unterstrichen, die Souveränität der Republik mit allen Mitteln, auch mit Waffengewalt, gegen die Aggression der Bundesarmee zu verteidigen.

C. Sr. Ljubljana, 27. Juni

In einer am frühen Donnerstagmorgen verbreiteten Verlautbarung des Kommandanten des 5. Armeebezirks, zu dem unter anderem auch Slowenien gehört, heisst es, dass Einheiten der jugoslawischen Volksarmee den Auftrag erhalten hätten, die Kontrolle über alle Grenzübergänge auf dem Territorium der Republik Slowenien zu übernehmen und die jugoslawischen Staatsgrenzen zu sichern. Die Armee erwarte, dass die slowenischen Behörden und die Bevölkerung mit ihr zusammenarbeiten. Weiter wird betont, dass der Befehl bedingungslos und um jeden Preis ausgeführt und dass jeder Widerstand sogleich gebrochen werde. Am Donnerstag vormittag wurden aus Helikoptern, die über Ljubljana kreisten, Flugblätter in slowenischer Sprache abgeworfen, in denen das Eingreifen der Streitkräfte damit gerechtfertigt wird, dass die territoriale Integrität Jugoslawiens und die Sicherheit der Bürger bedroht seien. Die Bevölkerung wird zur Mitarbeit aufgefordert und zugleich aufgefordert, zu Hause oder an den Arbeitsplätzen zu bleiben und sich nicht dazu provozieren zu lassen, gegen die eigenen Interessen zu handeln. Die Armee werde, so wird auch hier betont, den erhaltenen Befehl «konsequent und energisch» ausführen.

Barrikaden aus Personwagen

Barrikaden, bestehend aus Personwagen, Lastwagen und Autobussen, die an verschiedenen Orten von Angehörigen der slowenischen Territorialverteidigung, von Polizisten und Zivilisten errichtet wurden, um die Panzer auf ihrem Weg aufzuhalten, sind rücksichtslos niedergewalzt worden. Aufgebrachte Menschen bewarfen die vordringenden Fahrzeuge mit Steinen und verschiedenen Gegenständen. In der Stadt Novo Mesto ist bei einer Auseinandersetzung zwischen Angehörigen der Armee und der slowenischen Territorialverteidigung laut Angaben von Radio Ljubljana eine Person verletzt worden. Am Nachmittag soll es an einigen Orten zu Schusswechseln gekommen sein. Nach Berichten des slowenischen Fernsehens kosteten sie mehrere Menschenleben. In Ljubljana waren am Donnerstag vormittag sämtliche grösseren Zufahrtsstrassen durch Fahrzeuge aller Art blockiert. Am frühen Morgen, um 2 Uhr 45, hatten sich 40 in der Ortschaft Vrhdika in der Nähe von Ljubljana stationierte Panzer sowie 20 gepanzerte Fahrzeuge in Richtung Ljubljana in Bewegung gesetzt. Sie drangen allerdings nicht in die Stadt ein, sondern führten in Richtung des Flughafens von Brnik, wo sie in den umliegenden Wäldern Stellung bezogen haben. Sie stehen Einheiten der slowenischen Territorialverteidigung gegenüber, die den Flugplatz, der

bereits am Mittwoch vormittag für den Zivilverkehr geschlossen wurde, bewachen.

Am Donnerstag vormittag war die Autobahn zum Flughafen, der etwa 30 Kilometer von Ljubljana entfernt liegt, durch Lastwagen und Autobusse versperrt. Über kleinere Strassen gelang es unserem Taxichauffeur schliesslich dennoch, die Stadt in Richtung Brnik zu verlassen. Überall auf den kleinen Strassen ausserhalb Ljubljana irren Fahrzeuge mit ausländischen Kennzeichen und Touristenbusse herum. In der Nähe des Ortes Vodice waren drei völlig zertrümmerte Lastwagen zu sehen, die eine Blockade gebildet hatten und die von den in der Nacht durchfahrender Panzer weggeschleift worden waren. Etwa einen Kilometer vor dem Flugplatz wurde das Taxi in der Nähe eines Waldes, in dem einige Panzer Stellung bezogen haben, von Soldaten mit vorgehaltener Waffe an der Weiterfahrt gehindert. Die Angehörigen der jugoslawischen Armee liessen sich auf keine Diskussionen ein.

Zum Widerstand entschlossene Regierung Sloweniens

Die Führung in Ljubljana hat die Aktivitäten der Armee auf dem Territorium Sloweniens als einen Akt der Aggression und der Bedrohung der Souveränität sowie als Versuch der permanenten Besetzung auf entschiedenste verurteilt. Sie betonte ihre Entschlossenheit, an allen Punkten der Unabhängigkeitserklärung festzuhalten und die Souveränität der Republik mit allen Mitteln, wenn nötig auch mit Waffengewalt, zu verteidigen. Das Präsidium der Republik hat alle slowenischen Offiziere und Soldaten, die gegenwärtig ihren Dienst in der jugoslawischen Armee leisten, zum Verlassen ihrer Einheit aufgefordert. An die Militärpersonen aus andern Republiken, die in Slowenien stationiert sind, wird appelliert, ihren Einheiten ebenfalls den Rücken zu kehren und sich nicht an «Akt der Aggression» zu beteiligen. Das Präsidium weist darauf hin, dass sie unter den gegenwärtigen Bedingungen für deren Sicherheit nicht garantieren könne. In Ljubljana ist die Ansicht verbreitet, dass die Belgrader Armee und die demokratisch nicht legitimierte Bundesregierung vor allem auch durch die Weigerung der internationalen Staatengemeinschaft, die Unabhängigkeit Sloweniens anzuerkennen, geradezu dazu ermuntert worden seien, solche Mittel einzusetzen.

Am Mittwochabend, nur wenige Stunden bevor sich die Panzer in Bewegung setzten, wurde auf dem Platz vor dem Parlamentsgebäude in Ljubljana in einem feierlichen Akt die Unabhängigkeit Sloweniens proklamiert. Kurz vor Beginn

Proteste Litauens gegen die jüngste Omon-Aktion

«Kein Befehl aus Moskau»

U. Sd. Moskau, 27. Juni

Ein Sprecher des litauischen Parlaments hat am Donnerstag die vorübergehende Besetzung der Telefonzentrale in Vilnius durch Einheiten der sowjetischen Sondermiliz Omon scharf verurteilt. Was am Mittwoch nachmittag geschehen sei, könne nur als Vorspiel zu einem Putsch verstanden werden. Laut Angaben des litauischen Informationsbüros waren rund 20 mit Maschinen-geehrten bewaffnete Omon-Soldaten ins staatliche Telegraf- und Telefonzentrum eingedrungen, hatten die Stromzufuhr unterbrochen und sämtliche Übermittlungsgestelle ausgeschaltet. Anlass der Aktion sei laut Angaben von Omon eine Suche nach illegalen Waffen gewesen, teilte das litauische Informationsbüro mit. Die Omon-Soldaten fanden, wie sie später mitteilten, in einem Ventilationsschacht eine nicht näher bezeichnete Menge von Munition, ein selbstgemachtes Gewehr sowie Sprengstoff.

Woher die schikanierenden, plündernden und mordenden Omon-Banden im Baltikum ihre Befehle beziehen, weiss man in Moskau im allgemeinen nicht. Diesmal war es anders: Laut Tass erklärte ein Sprecher des Innenministeriums, das «Büro des sowjetischen Sachverwalters» in Litauen habe die Erlaubnis zu der Aktion gegeben; mit dem Innenminister der UdSSR sei die Aktion nicht koordiniert gewesen. Laut litauischen Angaben bestätigte Innenminister Pugo – ein orthodoxer Kommunist – später diese Angaben. Der Oberbefehlshaber der Truppen des sowjetischen Innenministeriums in Litauen, Zitnikow, erklärte am Donnerstag, er habe vom Eingreifen der Omon-Truppen nichts gewusst.

Wie der litauische Energieminister Asmontas am Donnerstag erklärte, wurde am Mittwoch von Unbekannten auch der Versuch unternommen, die Stromversorgung von Vilnius lahmzulegen. Zwei Umspannwerke seien angegriffen worden. In einem Fall sei es den Tätern gelungen, in das Gebäude einzudringen und zu bewirken, dass ein Stadtteil von Vilnius eine Stunde lang ohne Strom blieb. Asmontas sagte, er habe in einem Telefongespräch mit dem sowjetischen Minister für Atomenergie, Kownalow, darauf hingewiesen, dass Litauen gezwungen sein könnte, das Kernkraftwerk Ignalina bei Vorkäufen dieser Art aus Sicherheitsgründen vorübergehend abzuschalten. Die Notfallsysteme im Kernkraftwerk Ignalina werden von den betroffenen Umspannwerken gespeist.

Omon-Einheiten, vom Innenministerium ins Leben gerufen, sind die jure den Innenministern der Republiken unterstellt. Baltischen Befehlen gehorchen sie indes schon lange nicht mehr, ohne dass die Regierung in Moskau – für die es natürlich angenehm ist, auf ihren Mangel an Zuständigkeit zu verweisen – etwas dagegen unternähme. Das «autonome» Agieren der Sonderarmee wird von den Konservativen in Partei und Armee offensichtlich – und eingestandenemassen – mit Wohlwollen verfolgt.

der Zeremonie donnerten MiGs der jugoslawischen Armee im Tiefflug und mit grossem Getöse über die Stadt, als wollten sie zeigen, wer in Slowenien nach wie vor Herr und Meister ist. Präsident Kucan schritt eine Ehrengarde der Territorialverteidigung ab. Anschliessend wurde die alte Fahne eingeehrt und die neue unter den Klängen der Nationalhymne gehisst. In seiner kurzen Ansprache verurteilte der Präsident die militärischen Aktivitäten, die schon im Laufe des Mittwochs zu beobachten waren, und sprach von einer «verdorbene Freude». Slowenien, so betonte er, bedrohe niemanden und brauche deshalb keine Panzer auf den Strassen. Gewalt komme von jenen, die keine Argumente mehr hätten.

Kompromissvorschlag der Bundesregierung

Belgrad, 27. Juni. (dpa) Die Bundesregierung in Belgrad hat am Donnerstagabend als Kompromiss vorgeschlagen, die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens sollen für drei Monate ausgesetzt werden. Dieses dreimonatige Moratorium solle auch die Abspaltungen der serbischen Minderheit in Kroatien und Bosnien einziehen. Belgrad bot an, nach der Annahme dieses Kompromisses würde die Armee in Slowenien wieder in ihre Kasernen zurückkehren. Während der drei Monate solle eine einvernehmliche Lösung für die Zukunft des Staates ge-